

59. JAHRGANG

19. NOVEMBER 2018 - NR. 47

## Tierwohl und Digitalisierung auf der EuroTier - Plädoyer für die Eberimpfung

Die Umsetzung neuer gesellschaftlicher Anforderungen an die Tierhalter und mögliche Erleichterungen durch die Digitalisierung haben die diesjährige EuroTier bestimmt. DLG-Präsident Hubertus Paetow forderte eine ernsthafte Diskussion zu Zielkonflikten und warnte vor Forderungen, die „nur einer ästhetischen Wunschvorstellung entspringen“. Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens mahnte eine Weiterentwicklung der Tierhaltung an. Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden plädierten bei der Messe für die Immunokastration als Alternative zur chirurgischen Ferkelkastration. Sie sei die tierschutzfreundlichste Methode und werde vom Verbraucher und Tierschützern akzeptiert

Länderberichte 10 und 26

## Kritik an Deckelung der LUV-Zuschüsse - Finanzfragen bei Hofabgabeklausel klären

Die Beschlüsse des Haushaltsausschusses zur Agrarsozialpolitik sorgen für Diskussionen. Insbesondere die geplante betriebliche Deckelung der Zuschüsse in der Unfallversicherung sorgt für Kritik. Damit werde einem „willkürlichen Herumdoktern“ an den Beitragszuschüssen Tür und Tor geöffnet. Das Bundeslandwirtschaftsministerium prüft derzeit, ob eine rechtssichere Umsetzung des Maßgabebeschlusses überhaupt möglich ist. Weiter ungeklärt sind die Kostenfragen, die mit einer Abschaffung der Hofabgabeklausel verbunden sind. Sollte eine Einigung in der Koalition zustande kommen, soll die Hofabgaberegulation noch in diesem Jahr gestrichen werden.

Länderberichte 20 und 30

## EuRH: GAP-Gelder für besseren Tierschutz - Kommission räumt „Schwächen“ ein

Für einen besseren Einsatz der Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zur Förderung höherer Tierschutzstandards in der EU hat sich der Europäische Rechnungshof ausgesprochen. Konkrete Schwächen sehen die Prüfer laut ihrem Sonderbericht direkt in den Landwirtschaftsbetrieben, etwa beim routinemäßigen Schwanzkupieren bei Schweinen. Nachholbedarf gebe es auch bei Tiertransporten, vor allem bei der Einhaltung der Vorschriften über den Langstreckentransport sowie der Beförderung transportunfähiger Tiere. Auch bei der Schlachtung seien noch Defizite vorhanden, so der EuRH. In einer ersten Reaktion auf den Bericht räumte die EU-Kommission noch „geringfügige Schwächen“ ein.

EU-Nachrichten 1

## Dürrehilfen: Lockerung für die Tierhalter

Die Länder können bezüglich der Dürrehilfen bestimmen, dass antragstellende Betriebe ihre Erlöse aus der Tierhaltung mit den durch die Trockenheit eingetretenen Schäden im Ackerbau doch nicht aufrechnen müssen. Wie Mecklenburg-Vorpommerns Agrarminister Dr. Till Backhaus mitteilte, hat der Bund vergangenen Freitag in diesem Punkt eingelenkt. Die bisherige Vorgabe hatte laut Backhaus in vielen Fällen zu einer Verringerung des errechneten Schadens und damit auch der Hilfe geführt. Backhaus kündigte eine entsprechende Verfahrensänderung und eine Verlängerung der Antragsfrist bis 30. November an. Eine solche hatte zuvor schon Sachsen beschlossen. In Mecklenburg-Vorpommern waren bis zum Freitag laut Angaben des dortigen Bauernverbandes 26 Mio Euro aus dem Dürrefonds abgerufen worden; zur Verfügung stehen 50 Mio Euro. Verbandspräsident Detlef Kurreck machte für die schwache Nachfrage das sehr komplexe und hochbürokratische Antragsverfahren verantwortlich. Die strengen Kriterien und Berichtspflichten waren vom Berufsstand wiederholt moniert worden. Kritik an den Dürrehilfen kommt auch aus der Wissenschaft, aber in anderer Hinsicht. Mehrere Agrarökonomien warnen vor verzerrenden Wirkungen. Landwirte, die zugunsten der Risikotragfähigkeit und zu Lasten von Gewinnen Risikomanagement betrieben, erhielten keine Unterstützung. Dagegen würden gerade erfolgsschwache Unternehmen am Leben erhalten, so ihr Vorwurf. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner entgegnete: Es sei richtig, den Bauern zu helfen, denn „am Ende geht es nicht nur um sie, sondern um uns alle“. Länderberichte 1 und 31, Dokumentation